

Mehr Freiheit

■ Johannes Degen

Soziale Dienste und Einrichtungen in Deutschland suchen angesichts der nationalen und europäischen Entwicklungen nach geeigneten Strategien für die Zukunft. Werte, Wettbewerb, Finanzen müssen in ein neues Gleichgewicht gebracht werden.

1. Wie oft ist in den zurückliegenden Jahren aus der Sozialwirtschaft hierzulande die halbwegs bange und auf wenig selbstbewusste Veränderungsbereitschaft hindeutende Frage zu hören gewesen, »was da mit Europa auf uns zukommt?«

Sozialwirtschaftliche Unternehmen in Deutschland befinden sich allerdings auch in einem doppelten Dilemma angesichts der zunehmenden Integration des europäischen Wirtschafts- und Sozialraumes: Einerseits wollen sie sich nicht mit allen damit verbundenen Konsequenzen als Unternehmen verstehen, als die sie auf der Grundlage der vier Grundfreiheiten, die in der Europäischen Union Politik bestimmend geworden sind, angesehen werden. Andererseits sind sie in Deutschland einer tiefgreifenden Umgestaltung des bewährten Sozialstaates ausgesetzt und wissen noch nicht wirklich, wie sie sich positionieren wollen, da offensichtlich das Jammern und die lange eingeübte Haltung des unaufhörlichen Forderns mit dem ed-

»Das Betreuen und Versorgen von Menschen, nicht das Befähigen und Unterstützen stand bisher im Vordergrund«

len Motiv der Fürsorge und Anwaltschaft für »die Schwachen« nicht mehr angemessen zu sein scheinen.

In diesem Dilemma zwischen dem deutschen Sozialstaat, der durchaus mit Erfolg regulierend und normierend die Bürger versorgte und den helfenden Akteuren sichere Plätze im korporatistischen System anwies, und einem sich mehr und mehr integrierenden Europa, das tendenziell und immer nachhaltiger auf das freie Spiel der Kräfte setzt, müssen sich die sozialen Dienstleister behaupten. Gelten da überhaupt noch Werte?

2. Eine gewisse Rat- und Mutlosigkeit ist in der Debatte um die künftige Gestaltung des Sozialen festzustellen. Vertraute sozialetische Formeln werden ohne tiefere Wirkung bemüht, Angst vor einer mutigen Zeitansage ist überall zu spüren. Eine kurzatmige Spar-



Prof. Dr. Johannes Degen (65) war bis zu seiner Pensionierung Ende 2006 Direktor der Evangelischen Stiftung Hephata in Mönchengladbach. Führungsaufgaben in der Diakonie nahm er seit 1978 wahr. Von 1993 bis 1996 war er Direktor der Diakonischen Akademie Berlin/

Stuttgart und Mitglied der Geschäftsführung des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland. Im Jahre 1996 wurde er Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Stiftung Hephata Mönchengladbach. Er lehrt nun als Professor für Praktische Theologie (Diakoniewissenschaft) an der Kirchlichen Hochschule Bethel – Hochschule für Kirche und Diakonie. In zahlreiche Veröffentlichungen äußerte er sich zu Fragen der Diakonie, zuletzt: Freiheit und Profil. Plädoyer für eine zukunftsfähige Diakonie. Gütersloh 2003. Internet <http://www.johannes-degen.de>

und Reformhektik überdeckt diese Befindlichkeitslagen. Dabei wird den Bürgern eine öffentliche Diskussion darüber erspart, was kollektiv leistbar ist und wie wir künftig leben wollen.

Wir sind aber unausweichlich herausgefordert, uns dazu zu erklären, wie wir mit den insbesondere durch Krankheit, Behinderung*, Alter und Armut gegebenen »Lasten« leben wollen. Das heißt: Welche Werte sollen gelten? Wollen wir hier überhaupt von Lasten sprechen? Was sind wir kollektiv oder eben auch individuell zu tragen und zu gestalten bereit?

Zugleich können wir diese Debatte aber nicht abstrakt führen, sondern wir müssen sie im ständigen Abgleich mit der Frage angehen, was wir uns wirtschaftlich leisten können und – dies dann mit den Konsequenzen, die uns persönlich betreffen – leisten wollen.

3. Als untauglicher Ersatz für die fällige Wertediskussion dient immer wieder die Klage über die »Ökonomisierung des Sozialen«. Dabei ist ja zunächst nicht zu übersehen, dass es in Politik und Verwaltung so etwas wie einen ökonomischen Röhrenblick gibt, der dazu führt, in völlig geistloser Weise lediglich der Überzeugungs- und Veränderungskraft rechenbarer Größen zu vertrauen, eine Vorgehensweise, die die Gewinnung der Einsicht der Menschen für notwendige Neuorientierungen im Vorfeld katastrophaler Krisen außer acht lässt. Ein solcher ökonomischer Röhrenblick ist in erster Linie im Blick auf die relative Wirkungslosigkeit der Maßnahmen zu kritisieren, die aus ihm entstehen.

Hinter der Klage über die Ökonomisierung des Sozialen wird noch mehr sichtbar: Werte und Haltungen, die sich

bisher mit dem Modell Sozialstaat verbunden haben, stimmen nicht mehr. Gerechtigkeit, Solidarität und Selbsthilfe als Zielwerte sind zwar nicht überholt, sie haben aber ihre Deutlichkeit und ihren Bezug zu den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen verloren.

Insgesamt spielt dabei eine entscheidende Rolle, dass die sozialstaatliche Versorgungspolitik die Entstehung einer »Abhängigkeitskultur« gefördert hat, die die Entfaltung von individueller Initiative, die Nutzung von Selbsthilfepotenzialen und Freiwilligentätigkeit bei den Bürgern gehemmt, ja sogar erstickt hat. Das Betreuen und Versorgen von Menschen stand in der bisherigen Sozialstaatskultur im Vordergrund, dagegen geriet das Befähigen, die Unterstützung auf dem Weg zu einem selbstbestimmteren Leben in den Hintergrund. Aus einem milden Skeptizismus heraus hat man dem Bürger eher weniger an Eigenverantwortung und Initiative zugetraut und ihn allzu sehr als ein Anspruchswesen definiert.

Zugleich hat der besorgte Blick von professionellen Helfern und Gunst heischenden Politikern eher die Defizite bei den Bürgern wahrgenommen als deren Kräfte und Möglichkeiten. Bei allen positiven Leistungen, die der Sozialstaat erbracht hat und noch immer erbringt ist nicht

»Sozialwirtschaftliche Unternehmen sind gut beraten, sowohl sozial wie wirtschaftlich zu handeln«

zu übersehen, dass ihm auch eine Tendenz zur Entmachtung und Entmündigung des Bürgers innewohnt. Das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung des Bürgers stand stets unmerklich hinter dem Ziel zurück, soziale Gerechtigkeit »zentral« und »von oben« möglichst allen zu gewähren. Im europäischen Vergleich scheint die Entwicklung in Deutschland in dieser Hinsicht am weitesten fortgeschritten zu sein.

In den zurückliegenden Jahrzehnten war der Grundsatz der Gleichheit, die Herstellung von Chancengleichheit das handlungsleitende Grundprinzip für die innere Ausgestaltung des Sozialstaates. Es fällt uns schwer, die Folgen, die diese Schwerpunktsetzung hervorgerufen hat, zu korrigieren, eine Neuorientierung einzuleiten und es auf europäischer Ebene nicht zu einer Wiederholung dieser Fehlentwicklung kommen zu lassen.

Das Konzept einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft, in der alle Bürger nicht nur im Rahmen der Zugangsgerechtigkeit, sondern auch im Ergebnis durch staatliche Maßnahmen gleichmäßig am allgemeinen Wohlstand teilhaben, hat sich im Grundsatz als undurchführbar erwiesen. Die Ungleichheit unter den Menschen ist durch einen noch so perfekten Sozialstaat nicht umfassend zu überwinden. Nicht eine solidarische Gesellschaft ist entstanden, sondern eine unsolidarische Neidkultur: Ansprüche werden um den Preis der Missachtung des Nachbarn und zulasten des Gemeinwohls durchgesetzt, wer sich durch Leistung hervorhebt, wird argwöhnisch angesehen, kann nur bedingt mit Anerkennung rechnen.

Diese Neidkultur schafft ein Klima der Unfreiheit. Die Herstellung von solidarischen Beziehungen in der Gesellschaft ist ganz überwiegend zur Aufgabe des Staates, zur Spezialisierung von Organisationen, Verbänden und anonymen Kollektiven, zum Thema »der da oben« geworden. Solidarität als individuelle Ressource zur freiwilligen Gestaltung alltäglicher Beziehungen ist dagegen verkümmert. Auch in dieser Hinsicht scheint Deutschland im europäischen Vergleich eine Spitzenposition einzunehmen.

4. Innerhalb der Europäischen Union ist, insbesondere nach ihrer Erweiterung in den osteuropäischen Raum hinein, nicht mit einer Angleichung der Lebensverhältnisse zu rechnen, die Maß nimmt an den deutschen Sozialstandards. Ungleichheiten, wie sie in Deutschland zwischen West und Ost immer noch und voraussichtlich auf lange Zeit bestehen, werden in erheblichem Umfang auch die europäische Staatengemeinschaft kennzeichnen.

Kann es angesichts solcher Disparitäten gleichwohl eine gemeinsame Orientierung für die Menschen in Europa geben? Es legt sich meines Erachtens zwingend nahe, an die erste Stelle wieder die Einsicht zu stellen, dass die Eigenverantwortung des Einzelnen die Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeinschaft subsidiär dazu beiträgt, Risiken des Lebens und Arbeitens zu mindern. Eine künftige Sozialkultur wird deshalb wesentlich eine Kultur der Selbstsorge sein müssen und eine solche bei den Bürgern fördern.

Damit ist nicht die schlichte und einseitige Verlagerung der Vorsorgeverantwortung für die Wechselfälle des Lebens auf die Seite des Bürgers hin gemeint. Allerdings kommt der Eigenverantwortung des Bürgers eine neue Bedeutung zu, nicht im Sinne einer Ergänzung kollektiver Sicherung und Verantwortung, sondern als entscheidender Ausgangspunkt für die Gestaltung eines Lebens, das nie ohne Risiko ist.

Auf den Bürger kommt mit dem Recht und dem Anspruch auf Selbstbestimmung ein größerer Pflichtenkatalog zu. Wenn die heteronome Fürsorge des Staates abgebaut, zumindest aber konsequent subsidiär wirksam wird, die autonome Selbstsorge dagegen in den Vordergrund gerückt wird, dann findet hier ein bedeutsamer Perspektivwechsel hinsichtlich des Blicks auf den Bürger statt: weg von der Defizitorientierung, hin zu einer Orientierung an der selbstmächtigen Nutzung eigener Kräfte – und erst dann die Frage, ob und wie andere – der Staat, Gruppen und »die Gesellschaft« – dem Einzelnen subsidiär den Rücken stärken können. Soziale Gerechtigkeit als Thema und Aufgabe also zuerst einmal aus der Perspektive des Einzelnen, von seinem Einsatz für sich selbst her und von seiner Sorge her für die, die ihm am nächsten sind.

5. Im europäischen Wirtschafts- und Sozialraum wird eine Kultur der Selbstsorge künftig eine größere Bedeutung haben, als dies bislang in Deutschland der Fall war. Die schrittweise Realisierung der Grundfreiheiten in der Europäischen Union in Verbindung mit der Stärkung der Verbraucherrechte lässt einen länderübergreifenden Sozialmarkt entstehen, der den einzelnen Bürger in seiner nachfragenden Verantwortung mündiger und mächtiger macht.

Freie Wohlfahrtsorganisationen, in einzelnen Ländern auch staatliche Anbieter, erwerbswirtschaftliche Unternehmungen und Wohltätigkeitsorganisationen konkurrieren auf diesem Markt. Soziale Dienstleistungen werden damit hinsichtlich ihrer Kosten, ihrer Qualität, ihrer Effizienz sowie ihres Werteprofils miteinander vergleichbar.

Gerade dem Werteprofil eines Anbieters von sozialen Dienstleistungen kommt so eine wachsende Bedeutung zu, sofern sich in diesem Profil der Respekt vor der Eigenart, der Individualität und den spezifischen Bedürfnissen des Bürgers erkennen lässt. Ob die deutschen Wohlfahrtsverbände als die anerkannten Anbieter von sozialen Diensten in diesem Sinne ihre spezifische Produktidentität pflegen und als Assistenzdienste einer zunehmenden Selbstsorge der Bürger in Europa gerecht werden wollen, ist noch nicht eindeutig zu erkennen.

6. Sozialwirtschaftliche Unternehmen auf dem europäischen Binnenmarkt: Längst ist ein Wettbewerb zwischen den Mitgliedsländern entstanden, der den Anbietern sozialer Dienste länderbezogen unterschiedliche Aktionsmöglichkeiten über die jeweiligen nationalen Grenzen hinaus eröffnet.

Die Entgrenzung der nationalen Sozialpolitiken und Dienstleistungstraditionen wird zunehmen und das bedeutet, dass historisch-kulturell bedingte Unterschiede in der Wohlfahrtsproduktion zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten zwar nicht eingeebnet werden. Aber der Druck wird zunehmen, Privilegien einzelner Marktteilnehmer abzubauen und ein Mehr an freiheitlicher Gestaltung der Dienste zu befördern.

Sozialwirtschaftliche Unternehmen, die sich auf diesem Markt behaupten wollen, werden deshalb gut beraten sein, eine gleichermaßen wirtschaftlich wie wertemäßig angelegte Strategie zu verfolgen. Dabei müssen sie in besonderer Weise der Mündigkeit der Bürger und deren Selbstsorgeverantwortung Rechnung tragen. Sie brauchen dazu nicht mehr regelnde Vorgaben, sondern mehr Freiheit zu Gestaltung ihrer Dienste.

7. Der europäische Sozialmarkt wird durch die in dieser Weise agierenden sozialwirtschaftlichen Unternehmen zunächst von dem Paradigma einer größeren Freiheit bestimmt sein müssen. Und dann in der Folge von einem Verständnis von Gerechtigkeit, das nicht einseitig der Herstellung von Gleichheit verpflichtet ist, sondern zum Leben mit Ungleichheiten und Widersprüchen anleitet.

In diesem Zusammenhang wird schließlich auch die in Deutschland heftig diskutierte Spannung zwischen einem anwaltschaftlichen und einem unternehmerischen Verständnis von sozialen Diensten überwunden werden müssen. Werteorientierte Sozialunternehmen sind auf dem europäischen Terrain in erster Linie Partner der Bürger, die sie nicht erst zu »Schwachen« und »Benachteiligten« machen müssen – miteinander brauchen sie mehr Freiheit auf Augenhöhe. ♦

* Ich spreche hier in einem umfassenderen Sinne von Behinderung, als dies üblich ist: die Einschränkung von individuellen Lebensmöglichkeiten, unabhängig davon, wie sie verursacht wurden, welche Folgen sie für den Einzelnen bezüglich der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft haben und welche Formen der Exklusion diese Einschränkung nach sich zieht.

Zukunftsfähigkeit sichern



Innovation in der sozialen Praxis

Herausgegeben von Prof. Dr. Wolf Rainer Wendt, Universität Tübingen

2005, 145 S., brosch., 27,- €, ISBN 978-3-8329-1514-8 (Forschung und Entwicklung in der Sozialwirtschaft, Bd. 4)

Innovationsprozesse in einzelnen Gebieten Sozialer Arbeit und den Ebenen der organisierten sozialen Versorgung sind Gegenstand von sechs Beiträgen aus der Praxis:

- Kommunale Sozialpolitik: Was ist machbar? (K. Hummel)
- Organisierte Innovation: Was die Wohlfahrtsverbände tun (W. Schrank)
- Innovationsbedarf im Jugendamt – Reform oder Konsolidierung? (W. Hinte)
- Das Innovationspotential der Gemeinwesen- und Quartiersarbeit (M. Lüttringhaus)
- Neue Formen der Sozialen Arbeit mit Familien (A. Eggert-Schmid Noerr)
- Innovationen im und durch Case Management (P. Löcherbach)



Nomos

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder bei:
Nomos Verlagsgesellschaft
76520 Baden-Baden | www.nomos.de